

BERICHT

über die

55. Tagung des Statistischen Beirats

am 24. Juni 2008

in Wiesbaden

Bericht
über die 55. Tagung des Statistischen Beirats
am 24. Juni 2008

Vorsitz

Walter Radermacher	Statistisches Bundesamt	Wiesbaden
--------------------	-------------------------	-----------

Vertreter der Verbände und Organisationen

Dr. Hans-Joachim Haß	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.	Berlin
Alexandra Böhne	Deutscher Industrie- und Handelskammertag	Berlin
Dr. Robert Weitz	Hauptverband des Deutschen Einzelhandels e. V.	Berlin
Walter Buttenböck	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V.	Berlin
Marcus Kuhlmann	Bundesverband der Freien Berufe	Berlin
Dr. Hans-Jürgen Völz	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V.	Berlin
Dr. Christel Degen	DGB-Bundesvorstand	Berlin
Peter Hohlfeld	DGB - IMK in der Hans-Böckler-Stiftung	Düsseldorf
Thilo Börner	ver.di Bundesvorstand	Berlin
Dr. Raimar R. Assmann	Verband der Landwirtschaftskammern e. V.	Berlin
Udo Hemmerling	Deutscher Bauernverband e. V.	Berlin
Prof. Dr. Gert G. Wagner	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	Berlin
Prof. Dr. Thomas K. Bauer	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	Essen
Prof. Dr. Walter Schweitzer	Universität Passau	Passau
Joachim Wittern	Universität Rostock	Rostock
Harald Lwowski	Deutscher Städtetag	Köln
Matthias Wohltmann	Deutscher Landkreistag	Berlin

Vertreter der Bundesministerien und Bundesbehörden

Wolfgang Klitsch	Bundesministerium des Innern	Berlin
Dr. Horst Würzburg	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	Berlin
Hans-Jürgen Stubig Jürgen Warnken	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	Bonn Berlin
Martin Schmidt	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	Bonn
Paul Klinkhammer	Bundesministerium für Gesundheit	Bonn
Jens Hellenschmidt	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	Bonn
Andreas Czepuck	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Bonn
Horst Itner	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Bonn
Hans-Albert Leifer	Deutsche Bundesbank	Frankfurt/M.

Vertreter der Statistischen Ämter der Länder

Rolf Nicolas	Statistisches Landesamt Baden-Württemberg	Stuttgart
Karlheinz Anding	Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung	München
Christiane Siegmund	Amt für Statistik Berlin-Brandenburg	Potsdam
Jürgen Wayand	Statistisches Landesamt Bremen	Bremen
Dr. Hans-Peter Kirschner	Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein	Hamburg
Eckart Hohmann	Hessisches Statistisches Landesamt	Wiesbaden
Klaus Hüttebräuker	Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern	Schwerin
Volker Homuth Eckart Methner	Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen	Hannover
Helmut Eppmann	Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf

Harald Wirtz	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	Bad Ems
Michael Sossong	Statistisches Amt Saarland	Saarbrücken
Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher	Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen	Kamenz
Matthias Hesse	Statistischen Landesamt Sachsen-Anhalt	Halle/Saale

Eurostat

Dr. Klaus Reeh	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften	Luxemburg
----------------	--	-----------

Ständige Gastmitglieder

Rüdiger Heß Astrid Hollmann	Beamtenbund und Tarifunion	Berlin
Dr. rer. oec. Reinhard Rohde	Statistik der Kohlenwirtschaft e. V.	Essen
Prof. Dr. Karl Mosler	Deutsche Statistische Gesellschaft	Köln
Dr. Joachim Wilde	Institut für Wirtschaftsforschung Halle	Halle
Dr. Karin Fehres	Deutscher Olympischer Sportbund	Frankfurt/M.

Weitere Teilnehmer vom Statistischen Bundesamt

Peter Weigl, Jürgen Chlumsky, Dieter Sarreither, Wolfgang Strohm, Dr. Roland Gnoss,
Sibylle von Oppeln-Bronikowski, Dr. Sabine Bechtold, Ludwig Wallacher, Karl Müller,
Angela Schaff, Sigrid Kiese, Mathias Meisenheimer
Zeitweise: Doris Stärk, Jürgen Kiekenbeck, Roland Günther, Thomas Wöll, Dr. Markus Zwick

	Inhalt	Seite
Einführung		
	Statement des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes zur aktuellen Situation der amtlichen Statistik in Deutschland (Anlage 1)	7
A.	Punkte zur Diskussion	7
1	Weiterentwicklung des Statistischen Programms	7
2	Peer Review Bericht für Deutschland zur Einhaltung des Code of Practice	9
3	Nutzung von Verwaltungsdaten im Dienstleistungsbereich	11
4	Dauerhafte Etablierung der Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder	12
5	Umbenennung des Fachausschusses „Arbeitsmarktstatistik“	12
B.	Punkte zur Information	13
6	Neue Entwicklungen im Europäischen Statistischen System	13
7	Vorbereitung des registergestützten Zensus 2011	13
8	Bund-Länder-Projekt „Reform der Unternehmensstatistik“	14
9	fit 2012 – Strategische Ziele des Statistischen Bundesamtes	14
10	Büroriekosten messen mit dem Standardkostenmodell (SKM)	14
11	Neues auf destatis.de	14
12	Bericht über die Arbeiten der Fachausschüsse Juni 2007 bis Juni 2008	15

Bericht

Präsident Radermacher eröffnet die 55. Tagung des Statistischen Beirats und begrüßt die Teilnehmer. Herr Radermacher scheidet als Präsident des Statistischen Bundesamtes aus und wechselt zum 1. August 2008 als Generaldirektor zu Eurostat. Er bedankt sich bei den Mitgliedern des Statistischen Beirats für die gute Zusammenarbeit in diesem Gremium.

Vor Eintritt in die Tagesordnung berichtet Herr Radermacher über die personellen Veränderungen im Statistischen Beirat seit der letzten Tagung:

Ordentliche Mitglieder:

Frau Alexandra Bö h n e , Deutscher Industrie- und Handelskammertag

Herr Michael Al b e r , Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels e. V.

Herr Peter H o h l f e l d , Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Herr Professor Dr. Walter S c h w e i t z e r (Uni Passau), Hochschulen

Herr Beigeordneter Matthias W o h l t m a n n , Deutscher Landkreistag

Frau Dr. Carmina B r e n n e r , Präsidentin des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg

Herr Karlheinz A n d i n g , Präsident des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung

Herr Jürgen W a y a n d , Amtsleiter des Statistischen Landesamtes Bremen

Herr Volker H o m u t h (Vorstandsvorsitzender) und Herr Eckart M e t h n e r (Vorstand Statistik), Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen

Ständige Gastmitglieder:

Frau Dr. Karin F e h r e s , Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB)

Nicht auf der Tagesordnung steht diesmal die **Verleihung des Innovationspreises**. Dieser Preis wurde seit 2005 drei Mal vergeben. Die Zahl der Einreichungen hat sich in den drei Jahren von 14 (2005) auf 4 (2007) reduziert und somit den Bewertungsrahmen stark eingeschränkt. Außerdem hat sich gezeigt, dass Entwicklungszyklen für innovative Produkte länger als ein Jahr dauern.

Deshalb hat das Statistische Bundesamt auf eine Abfrage im einjährigen Rhythmus verzichtet. Eine neue Ausschreibung des Wettbewerbs wird im Herbst dieses Jahres erfolgen, so dass die nächste Verleihung des Preises in der Beiratssitzung 2009 stattfinden wird.

Als neues Jurymitglied wird Herr Dr. Joachim Wilde (Institut für Wirtschaftsforschung Halle – IWH) gewonnen. Er wird gemeinsam mit Herrn Prof. Dr. Gert G. Wagner (DIW) und Herrn Dr. Hans-Joachim Haß (BDI) die Jury zur Auswahl des Innovationspreises bilden.

Einführung

Statement des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes zur aktuellen Situation der amtlichen Statistik in Deutschland

Präsident Radermacher informiert den Statistischen Beirat über zukünftige Programmschwerpunkte der Bundesstatistik insbesondere mit Blick auf das neue Statistische Mehrjahresprogramm der EU 2008–2012. Das Statement ist als **Anlage 1** dem Bericht beigelegt.

A. Punkte zur Diskussion

1 Weiterentwicklung des Statistischen Programms

Das Statistische Bundesamt berichtet in einer Unterlage über den aktuellen Stand der Umsetzung der Empfehlungen des Statistischen Beirats zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik in der 16. Legislaturperiode. Von den 49 Empfehlungen des Beirats sind 10 weitgehend umgesetzt, weitere 14 Empfehlungen können wahrscheinlich bis 2009 umgesetzt werden.

Bereits in der letztjährigen Tagung hat sich der Statistische Beirat in seiner Pressemitteilung für eine stärkere Berücksichtigung statistischer Belange beim Aufbau und der Gestaltung von statistisch relevanten Verwaltungsregistern ausgesprochen. Auf die Frage von Herrn Dr. Wilde (IWH) zum Sachstand erläutert Herr Klitsch (BMI), dass bei neuen Gesetzgebungsverfahren, die die Nutzung von Verwaltungsdaten vorsehen, die amtliche Statistik beteiligt werde. Herr Hohmann (Hessisches Landesamt für Statistik) gibt zu bedenken, dass die Ziele der amtlichen Statistik zur Entlastung von Meldepflichten nur erreicht werden können, wenn die Politik die notwendigen Rahmenbedingungen für den Paradigmenwechsel schafft und die amtliche Statistik beim Aufbau und der Gestaltung von Verwaltungsregister eingebunden wird.

Das Statistische Bundesamt sieht bei keiner derzeit auf Primärdaten basierenden Bundesstatistik die Möglichkeit, diese vollständig auf Verwaltungsdaten umzustellen. So haben die bisherigen Eignungsuntersuchungen (gemäß Verwaltungsdatenverwendungsgesetz) gezeigt, dass zum Beispiel die Handelsstatistiken nicht komplett auf Verwaltungsdatennutzung umgestellt werden können.

Im Hinblick auf die Empfehlung des Beirats, moderne Informations- und Kommunikationstechnik zu nutzen, behält die flächendeckende Einführung von Online-Erhebungen hohe Priorität. Zurzeit

werden den Befragten noch mehrere Meldeverfahren (Papierfragebogen, Online-Meldeverfahren IDEV, automatisierte Datengewinnung mittels eSTATISTIK.core) parallel angeboten. Der Fortschritt bei den Online-Meldungen ist eher schleppend. Der Übergang auf verpflichtende Online-Meldungen könnte in der amtlichen Statistik wie auch bei den Unternehmen ein großes Rationalisierungspotenzial erschließen.

Die Vertreter der Wirtschaft im Statistischen Beirat unterstützen nachdrücklich die Bemühungen der amtlichen Statistik zum Einsatz moderner Erhebungsverfahren. Herr Dr. Haß (BDI) regt an, den Unternehmen und Verbänden ein Übergangsdatum für verpflichtende Online-Meldungen zu nennen, damit diese Zeit haben, sich auf das Online-Meldeverfahren vorzubereiten. Darüber hinaus sollten die statistischen Ämter die Vorteile von Online-Meldungen für die Unternehmen (und deren Entlastungswirkung) noch stärker herausstellen. In diesem Zusammenhang weist Herr Hohmann darauf hin, dass Unternehmen zur Abgabe von Online-Meldungen in zwei Phasen verpflichtet werden könnten: Zunächst müsse die Nutzungsquote der Online-Meldeverfahren weiter gesteigert werden. Wenn diese Quote in einer Statistik mindestens 50 Prozent erreicht habe, könne in einem zweiten Schritt die gesetzliche Verpflichtung initiiert werden. So hat zum Beispiel die Finanzverwaltung die Unternehmen ab 1. Juli 2009 verpflichtet, ihre Zollerklärungen ausschließlich über das Online-Meldeverfahren ATLAS (Automatisiertes Tarif- und Lokales Zoll-Abwicklungssystem) abzugeben.

Im Zusammenhang mit der Entlastung der meldepflichtigen Unternehmen prüft das Statistische Bundesamt derzeit eine Anhebung der Meldeschwellen in der Intrahandelsstatistik. Herr Schmidt (BMELV) bittet für sein Ministerium als intensiver Nutzer der Intrahandelsstatistik, die Anhebung der Meldeschwellen mit Augenmaß zu betreiben, um Qualitätsverluste bei den Daten zu vermeiden.

Herr Dr. Wilde bittet, bei der Anhebung der Meldeschwellen im Produzierenden Gewerbe insbesondere die kleinteilige Wirtschaft in Ostdeutschland zu berücksichtigen, damit auch zukünftig aussagefähige Ergebnisse für Ostdeutschland erstellt werden können.

Der Statistische Beirat hat in seiner Tagung am 26. Juni 2007 dem Statistischen Bundesamt empfohlen, auf Basis des vorgelegten **Konzepts eine Piloterhebung über die Altersvorsorge** durchzuführen. Die Ergebnisse der Arbeiten des Statistischen Bundesamtes und der Arbeitsgruppe des Statistischen Beirats werden in einem Bericht vorgelegt und diskutiert:

- Die Integration der Arbeitgeberbefragung zur betrieblichen Altersversorgung in die Arbeitskostenerhebung 2008 wurde inhaltlich abgeschlossen. Die Schaffung einer Rechtsgrundlage wurde beim BMWi angestoßen.
- Das Gesamtkonzept mit drei verschränkten Bausteinen ist für 2008 nicht realisierbar. Eine Machbarkeitsstudie bezüglich einer Personenbefragung zur betrieblichen Altersversorgung

müsste zuvor nachweisen, dass eine Personenbefragung tatsächlich belastbare Daten erbringen kann.

Herr Buttenböck (GDV) bedankt sich beim Statistischen Bundesamt und dem BMAS für die geleistete Arbeit und spricht sich für eine zügige Durchführung der Machbarkeitsstudie zur Personenbefragung aus. Herr Stubig (BMAS) sagt die Unterstützung seines Ministeriums zur Machbarkeitsstudie zu und geht davon aus, dass noch in diesem Jahr mit der Durchführung begonnen werden kann. Auf Vorschlag von Herrn Dr. Völz (BDA) soll im Beschlussvorschlag bei der Arbeitgeberbefragung zur betrieblichen Altersversorgung auf eine belastungsneutrale Ausgestaltung hingewiesen werden.

Der Statistische Beirat fasst folgenden Beschluss:

Der Statistische Beirat betrachtet die Integration der belastungsneutral ausgestalteten Arbeitgeberbefragung zur betrieblichen Altersversorgung in die Arbeitskostenerhebung 2008 als wichtigen Fortschritt bei der Schaffung einer statistischen Infrastruktur über die betriebliche Altersversorgung. Er betont die Notwendigkeit einer amtlichen Statistik zur betrieblichen Altersversorgung und unterstützt den Vorschlag, eine Machbarkeitsstudie bezüglich einer Personenbefragung durchzuführen. Eine Finanzierung der notwendigen Aufwendungen sieht der Beirat als Voraussetzung an.

Zum Abschluss dieses Tagesordnungspunktes gibt Präsident Radermacher einen kurzen Ausblick auf das Jahr 2009 und zum weiteren Vorgehen. In den vergangenen Jahren legte der Statistische Beirat am Ende einer Legislaturperiode der Bundesregierung einen Bericht zur Weiterentwicklung des Statistischen Programms vor, in dem er die Umsetzung seiner Empfehlungen evaluierte und Empfehlungen für die kommende Legislaturperiode gab. Dieser Tradition folgend schlägt Präsident Radermacher vor, im Frühjahr 2009 die Liste der Empfehlungen des Beirats zu evaluieren sowie neue zukunftsorientierte Schwerpunkte zu setzen (Multiple-Source-Mix-Mode-Modelle als Beispiel für neue Statistikarchitekturen mit dem Zensus 2011 als Prototyp, Online-Meldungen, ämterübergreifende Neuorganisation der Arbeitsprozesse, Qualitätssicherung, rechtlicher Rahmen u. a.). Die Diskussion hierüber soll in den Mittelpunkt der Beiratstagung 2009 gestellt werden.

2 Peer Review Bericht für Deutschland zur Einhaltung des Code of Practice

Im Rahmen der Umsetzung des Verhaltenskodex für europäische Statistiken (Code of Practice) hat sich das Statistische Bundesamt vom 3. bis 5. Dezember 2007 einem externen Peer Review unterzogen. Dabei wurde die Einhaltung der Grundsätze des Verhaltenskodex durch das Statistische Bundesamt in Gesprächen der externen Peer-Review-Fachleute mit der Amtsleitung und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Statistischen Bundesamtes überprüft. Daneben suchten

die Peers auch den Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern des Statistischen Beirats als Gremium der Nutzer, Befragten und Produzenten der Bundesstatistik sowie den Medien. Der Statistische Beirat wird in einer ausführlichen Unterlage über die Ergebnisse des Peer Reviews informiert. Der Peer-Review-Bericht ist auf der [Internetseite von Eurostat](#) abrufbar.

Der Peer-Review-Bericht enthält eine Reihe von Empfehlungen und Verbesserungsmaßnahmen der Peers, deren Umsetzung ab 2008 jährlich von Eurostat überprüft und auf der Eurostat-Internetseite zum Verhaltenskodex veröffentlicht wird. Die Empfehlungen im Textteil des Berichts betreffen diejenigen Grundsätze des Verhaltenskodex, bei denen nach Einschätzung der Gutachter ein besonderes Verbesserungspotenzial besteht. Die am Ende des Peer-Review-Berichts aufgeführten Verbesserungsmaßnahmen zu den einzelnen Grundsätzen stehen im Rahmen des jährlichen Monitorings im Vordergrund. Die Maßnahmen und Empfehlungen lassen sich gliedern in solche,

- a) die das Statistische Bundesamt intern umsetzen kann,
- b) die nur in Kooperation mit den Statistischen Landesämtern angegangen werden können und
- c) die von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder nicht allein umgesetzt werden können.

Der Stand der Umsetzung des Verhaltenskodex für das gesamte ESS auf Basis aller durchgeführten Peer Reviews wird von der Kommission (Eurostat) im November 2008 in einem Bericht an das Europäische Parlament und den Rat dokumentiert. Ein erster Entwurf dieses Berichts wurde für die 66. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm (ASP) vorgelegt. Insgesamt steht nach den ersten Wellen von Peer Reviews auch eine (Zwischen-)Bewertung dieses Vorgehensmodells an.

In der Diskussion wird von Herrn Prof. Dr. Bauer (RWI) die Frage gestellt, inwieweit sich auch andere wichtige Datenproduzenten, wie die Bundesagentur für Arbeit oder die Deutsche Bundesbank, dem Peer Review stellen. Das Statistische Bundesamt weist auf einen Workshop mit den anderen nationalen Datenproduzenten und die anschließend durchgeführte Selbstbewertung hin. Eurostat plant, dass das Statistische Bundesamt in Zukunft eine koordinierende Rolle zur Weiterentwicklung des Code of Practice gegenüber den anderen wichtigen nationalen Datenproduzenten übernehmen soll.

Herr Dr. Reeh (Eurostat) erläutert, dass es bei den durchgeführten Peer Reviews ausschließlich darum gehe, längerfristige Voraussetzungen zu schaffen, wie Statistik zukünftig produziert wird. Herr Hohmann appelliert für eine regelmäßige Durchführung von Peer Reviews, an denen sich auch die Statistischen Landesämter beteiligen müssen.

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Der Statistische Beirat nimmt den Peer-Review-Bericht über Deutschland zur Kenntnis und begrüßt die vom Statistischen Bundesamt sowie den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder gemeinsam geplanten Schritte zur zügigen Umsetzung der im Bericht aufgeführten Verbesserungsmaßnahmen und Empfehlungen. Er teilt die Einschätzung des Statistischen Bundesamtes, dass einige im Bericht aufgeführte Maßnahmen von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder nicht allein umgesetzt werden können und empfiehlt daher einen Dialog zwischen Dienst- und Fachaufsichtsbehörde(n) sowie den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder über Möglichkeiten einer Umsetzung dieser Maßnahmen.

3 Nutzung von Verwaltungsdaten im Dienstleistungsbereich

In der „Konjunkturstatistischen Erhebung in bestimmten Dienstleistungsbereichen“ werden erstmals Verwaltungsdaten im Echtbetrieb als Ersatz von primär erhobenen Daten verwendet. Dabei werden die Daten aus den Verwaltungen dort genutzt, wo Untersuchungen gezeigt haben, dass ihre Abweichungen von statistischen Anforderungen weitgehend durch Schätzverfahren beseitigt werden können und damit qualitativ akzeptable statistische Ergebnisse erzielt werden. Auch zur Erfüllung der Anforderungen der Europäischen Unternehmensstrukturverordnung für die Anhänge V und VII werden Verwaltungsdaten genutzt bzw. sollen genutzt werden. In einer Unterlage wird dem Beirat der Stand der Nutzung von Verwaltungsdaten im Dienstleistungsbereich beschrieben. Insbesondere wird der Qualitätsaspekt beleuchtet, auf Probleme hingewiesen und die erkennbaren Datenlücken aufgezeigt.

Das generelle Problem bei der Verwendung von Verwaltungsdaten liegt darin begründet, dass die Daten ursprünglich zu einem anderen, nicht statistischen Zweck erhoben wurden, der möglicherweise dem statistischen Interesse nicht entspricht oder ihm sogar entgegensteht. Daraus resultieren unterschiedliche Definitionen, Unvollständigkeiten in den Daten, rechtliche Probleme (Datenschutz), Kompatibilitätsprobleme (Datenformate), Übertragungsprobleme, Zuordnungsprobleme (vgl. auch TOP 1, Anlage 1, Nr. 3 „Einführung einer einheitlichen Wirtschaftsnummer“), zu lange Verarbeitungs- und Datenaufbereitungszeiten, ungeklärte Zuständigkeiten, Terminüberschneidungen und ähnliches.

Im Interesse der Entlastung der Befragten und zur Qualitätsverbesserung ist eine bessere Kongruenz der Konzepte anzustreben.

Herr Dr. Wilde bittet, bei den Mixmodellen die Qualität der Daten nicht nur auf Aggregate zu beziehen, sondern auch die Belange der Forscher nach kleinräumigen Daten (Mikroebene) zu berücksichtigen. Präsident Radermacher sagt zu, diesen wichtigen regionalen Aspekt in die künftigen Überlegungen mit einzubeziehen.

Der Beirat fasst folgenden Beschluss:

Der Statistische Beirat nimmt den Bericht zum Stand der Nutzung von Verwaltungsdaten im Dienstleistungsbereich zur Kenntnis. Zur verstärkten Nutzung von Verwaltungsdaten im Dienstleistungsbereich fordert er eine stärkere Berücksichtigung statistischer Belange in der Gesetzgebung und bei den die Verwaltungsdaten zur Verfügung stellenden Einrichtungen.

4 Dauerhafte Etablierung der Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben in den vergangenen Jahren das Daten- und Dienstleistungsangebot für die Wissenschaft deutlich verbessert. In einem Bericht wird über die Arbeiten und Perspektiven der FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder nach Ablauf der Förderung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung informiert.

Nach eingehender Diskussion wird folgender Beschluss gefasst:

Der Statistische Beirat begrüßt nachdrücklich die von den Forschungsdatenzentren mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) geschaffene informationelle Infrastruktur für die empirisch arbeitende Wissenschaft. Der Statistische Beirat betont das Ziel, die Wahrnehmung dieser für den Wissenschaftsstandort Deutschland sehr wichtigen Aufgabe dauerhaft zu sichern. Er bittet das Bundesministerium für Bildung und Forschung, gemeinsam mit den Dienstaufsichtsbehörden der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder und den Wissenschaftsministerien der Länder eine Lösung herbeizuführen, die einen effektiven und effizienten Zugang der Wissenschaft zu den Einzeldaten der amtlichen Statistik ermöglicht.

Als Ergebnis seiner Beratungen verabschiedet der Statistische Beirat die als **Anlage 2** beigefügte **Pressemitteilung „Zugang zu statistischen Mikrodaten gefährdet“**.

Ergänzend berichtet das Statistische Bundesamt über die im Rahmen der 4. Konferenz für Sozial- und Wirtschaftsdaten am 19. und 20. Juni 2008 im Wiesbadener Kurhaus durchgeführte Wahl neuer Ratsmitglieder (Wahlergebnisse unter <http://www.ratswd.de>) sowie die Ehrung von Prof. Hans-Jürgen Krupp zum 75. Geburtstag und Staatssekretär a. D. Johann Hahlen zum 65. Geburtstag mit der Festschrift „Fortschritte der informationellen Infrastruktur in Deutschland“ (Herausgeber: Dr. Gabriele Rolf-Engel, Dr. Markus Zwick, Prof. Dr. Gert G. Wagner).

5 Umbenennung des Fachausschusses „Arbeitsmarktstatistik“

Der Statistische Beirat hat in seiner Sitzung im letzten Jahr die Umbenennung des Fachausschusses „Erwerbstätigenstatistik“ in Fachausschuss „Arbeitsmarktstatistik“ beschlossen. Der Beirat

war damit dem Vorschlag des Statistischen Bundesamtes gefolgt, die Bezeichnung auf alle im Fachausschuss behandelten Themen auszuweiten. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) schlägt vor, im Hinblick auf die der Bundesagentur für Arbeit im Sozialgesetzbuch (SGB III § 281 „Arbeitsmarktstatistik“ und § 283 „Arbeitsmarktberichterstattung“) übertragenen Aufgaben für diesen Fachausschuss die Bezeichnung „Erwerbsstatistik“ zu wählen.

Nach ergänzenden Ausführungen von Herrn Warnken (BMAS) und kurzer Diskussion bittet der Statistische Beirat das Statistische Bundesamt, den Vorschlag und die Bedenken des BMAS nochmals zu prüfen und insgesamt die Nomenklatur der Gremien des Statistischen Beirats zu modernisieren. Herr Hohmann und Herr Radermacher sprechen sich dafür aus, die Nomenklatur „Statistik“ zu streichen und den Fachausschuss „Erwerbstätigkeit/Arbeitsmarkt“ zu nennen. Das Statistische Bundesamt wird die Liste der Gremien des Statistischen Beirats überarbeiten und dem Beirat zur Zustimmung vorlegen.

B. Punkte zur Information

6 Neue Entwicklungen im Europäischen Statistischen System

Der Statistische Beirat wird in einer Unterlage über die aktuellen Entwicklungen bei der Einsetzung der neuen hochrangigen Gremien auf Europäischer Ebene, dem European Statistical Advisory Committee – ESAC (neuer CEIES) und dem European Statistical Governance Advisory Board – ESGAB informiert. Darüber hinaus wird über neue Entwicklungen auf europäischer Ebene, statistikrelevante Rechtsakte und Projekte berichtet.

7 Vorbereitung des registergestützten Zensus 2011

In einer Unterlage berichtet das Statistische Bundesamt über den aktuellen Sachstand bei der Vorbereitung des registergestützten Zensus 2011. Herr Klitsch ergänzt zum Stand der Beratungen der gesetzlichen Grundlagen des Zensus 2011, dass die Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Volks- und Wohnungszählungen in Kürze offiziell vom Rat angenommen und anschließend im Amtsblatt veröffentlicht wird. Der Entwurf des Zensusanordnungsgesetzes 2011 befindet sich zurzeit in der Endabstimmung und soll Ende Juli/Anfang August 2008 dem Kabinett vorgelegt werden.

Anschließend informiert Präsident Radermacher den Statistischen Beirat kurz über die „Eckpunkte zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen“ der Kommission zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen (Föderalismuskommission 2) vom 23. Juni 2008 – Vorschlag der Vorsitzenden FV Dr. Peter Struck MdB und MP Günther H. Oettinger MdL.

8 Bund-Länder-Projekt „Reform der Unternehmensstatistik“

Das Statistische Bundesamt stellt in einer Unterlage den aktuellen Stand des Bund-Länder-Projektes „Reform der Unternehmensstatistik“ und die geplanten nächsten Schritte sowie über die Auswirkungen des 2. Mittelstandsentlastungsgesetzes (MEG II) dar.

9 fit 2012 – Strategische Ziele des Statistischen Bundesamtes

Anhand einer Unterlage wird der Statistische Beirat über die im Herbst des letzten Jahres aktualisierten strategischen Ziele „fit 2012“ des Statistischen Bundesamtes informiert. Auf Basis eines umfassenden internen Kommunikations- und Diskussionsprozesses hat das Statistische Bundesamt seine strategischen Ziele überarbeitet. „Fit 2012“ gibt in groben Zügen den Weg vor, den das Statistische Bundesamt in den nächsten Jahren gehen will und was es bis 2012 erreicht haben möchte.

10 Bürokratiekosten messen mit dem Standardkostenmodell (SKM)

Das Statistische Bundesamt ist mit zentralen Aufgaben im Zusammenhang mit der Einführung des Standardkosten-Modells in Deutschland betraut. Die Ermittlung der Bürokratiekosten der Wirtschaft für die nationalen Informationspflichten und die Informationspflichten aus dem erweiterten EU-Recht ist weitgehend abgeschlossen. Anschließend sollen die auf reinem EU-Recht basierenden Pflichten gemessen werden. Parallel dazu werden die Zeitaufwandsmessungen zur Berechnung der Bürokratiekosten von Bürgern und Verwaltung inhaltlich und methodisch vorbereitet.

Der Statistische Beirat wird über die Erkenntnisse aus dem bisherigen Erhebungsprozess und die weiteren Planungen anhand einer Unterlage informiert.

11 Neues auf destatis.de

Das Statistische Bundesamt hat im Juli letzten Jahres seinen Internetauftritt auf eine neue technische Basis gestellt und die Nutzerfreundlichkeit durch neue Funktionalitäten verbessert. Dem Statistischen Beirat werden anhand einer Präsentation die neue Nutzerführung und neue Informationsangebote vorgestellt.

12 Bericht über die Arbeiten der Fachausschüsse Juni 2007 bis Juni 2008

In einer Informationsunterlage berichtet das Statistische Bundesamt über die Arbeiten der Fachausschüsse seit der letzten Beiratstagung. Der Statistische Beirat nimmt den vorgelegten Bericht zur Kenntnis.

Mit dem Dank an die Beiratsmitglieder und Gäste für ihre Teilnahme und die Beteiligung an der Diskussion schließt Präsident Radermacher die 55. Tagung des Statistischen Beirats.

Berichterstatte
rin
gez.
Sigrid Kiese

Vorsitzender
gez.
Walter Radermacher

Anlage 1 zum Bericht über die 55. Tagung des Statistischen Beirats am 24. Juni 2008

Statistisches Bundesamt

Wiesbaden, 20. Juni 2008

Statement von Präsident Radermacher zur aktuellen Situation der amtlichen Statistik in Deutschland

Was bewegt die amtliche Statistik, was treibt uns um?

Der Statistische Beirat kann durch seine besondere Zusammensetzung aus zwei Winkeln auf die amtliche Statistik blicken: Von innen und von außen. Für jene von uns, die als Produzenten naturgemäß eine Binnenperspektive haben, kann es durchaus motivierend sein, mit den Augen der Nutzer auf die amtliche Statistik zu schauen. Da sehen wir, dass die Welt nicht nur aus der Föderalismuskommission besteht. Diese Kommission scheint ja allein dadurch, dass sie – neben vielem anderen – über die Statistik berät, zum Schreckgespenst vieler Statistiker geworden zu sein. Die Vertreter der Nutzer können hoffentlich bestätigen, dass die Öffentlichkeit, wenn sie auf die Statistik blickt, nicht zuerst die ‚Föko‘ sieht. Es sind hoffentlich ganz andere Dinge, die ihr ins Auge springen. Etwa die Bürokratiekostenmessung mit dem Standardkostenmodell – keine traditionelle Aufgabe, aber eine klassische für einen neutralen Informationsdienstleister, der Licht ins Dunkel eines Massenphänomens bringen soll. Wir werden im Laufe der heutigen Tagung (so in TOP 10) die Zwischenergebnisse noch genauer anschauen. Entscheidend ist aber, wie schnell und flexibel die amtliche Statistik zur Verfügung stand, als es der Bundesregierung darum ging, einen kompetenten Partner zu finden, der dieses Neuland beackern sollte. Die Statistik misst aber nicht nur den Bürokratieaufwand, sie tut auch etwas, um ihn zu verringern. Statt einer langen Liste hier nur die Stichworte: Mittelstandsentlastung (MEG I und II), Verwaltungsdatennutzung in der Handwerksstatistik, Methodenmix in der Dienstleistungsstatistik, Standardisierung des Produktionsprozesses. Kurzum: Die statistischen Ämter haben in den letzten Jahren ihre Datenlieferanten entlastet: durch den Wegfall von Meldepflichten, durch Nutzung vorhandener Verwaltungsdaten, durch Vereinfachungen und Straffungen des Fragenkatalogs und nicht zuletzt mit Hilfe von elektronischen Übermittlungswegen.

Erfolge bei der zentralen IT-Produktion und Datenhaltung (ZPD)

Mit der Zentralen Produktion und Datenhaltung (ZPD) haben die statistischen Ämter in weniger als 18 Monaten einen Paradigmenwechsel in der IT-Produktion der Statistik eingeleitet. So wur-

den landesspezifische Besonderheiten verbundweit gültigen Standardisierungen unterworfen. Das neue Organisationsmodell für die Kooperation zwischen den statistischen Ämtern ist zukunftsweisend für die föderale Organisation und wirtschaftliche Durchführung der Statistik: Standardisierte, leistungsfähige IT-Werkzeuge in den Produktionsprozessen verbessern die Effizienz. Betrachten wir den aktuellen Arbeitsstand, so können wir von einem Erfolgsmodell sprechen: Von den 62 für die ZPD ausgewählten Statistiken wird inzwischen die Hälfte bundesweit einheitlich zentral gehostet, weitere 11 Statistiken sind weitgehend auf den zentralen Betrieb umgestellt, das verbleibende Drittel ist partiell umgestellt. Bis zum Jahresende werden alle 62 Statistiken auf die zentrale IT-Produktion umgestellt sein. Darüber hinaus werden die statistischen Ämter die Liste der zentral zu produzierenden Statistiken gemeinsam mit den Fachbereichen erweitern und einen Aktionsplan für die Jahre 2009 und 2010 aufstellen. Zusätzlich werden sie die Anwenderzufriedenheit mit der ZPD regelmäßig messen, um einen aussagekräftigen Überblick aus Nutzersicht zu erhalten. Dabei stehen folgende Aspekte im Fokus: Fachliche Funktionalität, Antwortzeitverhalten der Dialogfunktionen, Massenverarbeitungen wie Import, Export, Massen-PL, Performanz von Jobs u. Ä. sowie Benutzerservice.

Zur weiteren Optimierung werden die statistischen Ämter künftig bereits bei der Entwicklung von IT-Verfahren grundsätzlich die zentrale Produktion und Datenhaltung als Organisationskonzept verwenden. Auch die ämterübergreifende Kommunikation im Rahmen der ZPD ist weiter zu intensivieren, z. B. durch zentrale Ansprechpartner in der IT und den Fachbereichen.

Zensus – Prototyp der zukünftigen Statistiken

Was der interessierten Öffentlichkeit an der Statistik noch auf den ersten Blick auffallen sollte, sind die intensiven Vorbereitungen der nächsten Volkszählung, des Zensus 2011. Auch hiermit werden wir uns nachher (im TOP 7) detailliert beschäftigen. Vielen ist noch nicht klar, dass der Zensus 2011 für die amtliche Statistik eine Revolution bedeutet. Der Zensus ist methodisch und in seiner IT-Architektur der Prototyp der zukünftigen Statistiken: Die internen Prozesse werden standardisiert. Einzelprozesse werden in Clustern integriert. Gemeinsame Infrastruktur (Register, Metadaten) wird vor die Klammer gezogen. Statistische Informationen stehen online auf allen Ebenen zur Verfügung, von den Einzeldaten, wie sie die FDZ anbieten, über Datenquader in Datenbanken bis zur Veröffentlichung als Pressemitteilung oder im Jahrbuch. Das alles steht unter dem Zeichen der Entkoppelung des statistischen Outputs vom Input. Es geht um nicht weniger als den Wandel von einer stark auf Datensammlung hin zu einer auf Weiterverwendung vorhandener Informationen eingestellten Produktion. Viele der methodischen Fragen, der Organisation der Abläufe, der Qualitätssicherung usw. sind für die amtliche Statistik vollkommen neu. Ebenfalls neu stellt sich die Frage nach dem rechtlichen Rahmen, der von den bisherigen Produkti-

onsbedingungen ausgeht, für den die Koppelung von Erhebung und Ergebnis also noch fundamentales Merkmal des ganzen statistischen Systems ist.

Wenn man diese Umbrüche zusammenfasst, die Umbrüche in der Konzeption von Statistiken, ihrer technischen Konzeption, ihrer Verbreitung, ihres rechtlichen Rahmens und auch in der Arbeitsorganisation, die ihnen zu Grunde liegt, dann entsteht eine Entwicklungsperspektive, die weit über den Masterplan hinausgeht, den die statistischen Ämter im Jahr 2002 beschlossen haben. Das vergangene Jahr stand im Zeichen einer Inventur dieses Masterplans mit dem Ergebnis, dass spürbare Fortschritte gemacht wurden.

Es ist also wahrlich genug zu tun. Deshalb hoffe ich, dass die Föderalismuskommission bald zu einem Ergebnis kommt. Wie auch immer es ausfallen mag, es wird der amtlichen Statistik helfen, und sei es nur dadurch, dass alle Beteiligten zur Sicherheit zurückfinden, die es braucht, um weit reichende und mutige Entscheidungen fällen zu können.

Institutionelle und inhaltliche Rahmenbedingungen durch das ESS

Während der letzten 12 Monate hat sich die amtliche Statistik auch in Europa und auf internationaler Ebene weiterentwickelt. Die Unterlage zu TOP 6 informiert im Detail über die wichtigsten Themen. Zum Code of Practice haben wir einen eigenen Tagesordnungspunkt (TOP 2). Daher möchte ich nur einige Punkte herausgreifen.

Im Europäischen Statistischen System (ESS) werden zurzeit die institutionellen Rahmenbedingungen modernisiert. Der Entwurf der neuen Verordnung über die Gemeinschaftsstatistiken befindet sich in intensiven Beratungen in der Ratsarbeitsgruppe „Statistik“. Von großer Bedeutung für die amtliche Statistik ist es, dass mit der neuen Verordnung das „Europäische Statistische System“ und auch die „Europäische Statistik“, erstmals gesetzlich verankert werden. Gleichzeitig werden die Aufgaben und Kompetenzen der Partner des ESS rechtlich geregelt. Eine stärkere Arbeitsteilung im ESS soll gefördert und ein geeigneter finanzieller Rahmen geschaffen werden. Besonders hervorgehoben wird die Qualität unserer statistischen Arbeit. Neben einer Definition der Grundprinzipien und Qualitätsdimensionen der statistischen Arbeit werden Qualitätsreports vorgeschrieben und die Festlegung von Qualitätskriterien möglich gemacht. Hier schlägt sich der von der deutschen Präsidentschaft vorgeschlagene und vorangetriebene Standardartikel zur Qualität nieder. Die Beratungen des Rechtsaktes werden zurzeit auf Ebene der Ratsarbeitsgruppe „Statistik“ und des Europäischen Parlamentes fortgeführt. Wenn auch im Detail noch für alle Partner zufrieden stellende Lösungen ausgehandelt werden müssen, so bedeutet der vorliegende Entwurf doch einen großen Schritt in Richtung eines modernen Gesetzes, das den Qualitätsgedanken in den Vordergrund stellt.

Mit dem Krakauer Aktionsplan hat sich das Europäische Statistische System ehrgeizige Ziele für seine Modernisierung und Weiterentwicklung gesetzt. Zwei Task Forces erarbeiten derzeit konkrete Vorschläge. Eine Task Force befasst sich mit den statistischen Herausforderungen für das ESS, d. h. neuen inhaltlichen Themen wie Globalisierung und neue Methoden. Eine andere Task Force behandelt den Bereich Ressourcen, Management und Programmplanung (u. a. die Arbeitsteilung durch Einrichtung von Kompetenzzentren). Ende 2008 werden die Arbeiten abgeschlossen sein.

Zu einer Modernisierung des ESS gehört auch eine zeitgemäße Gremienstruktur. Der Europäische Beratende Ausschuss für die Statistik ersetzt den bisherigen CEIES, das wichtigste Nutzergremium auf europäischer Ebene. Das in der Mitgliederzahl von ca. 90 auf 24 reduzierte und damit effizientere Beratungsgremium wird sich künftig verstärkt mit den Themen Prioritätensetzung und Programmplanung auseinandersetzen. Von den 24 Mitgliedern des Gremiums werden 11 Mitglieder direkt von europäischen Organisationen und Einrichtungen benannt, 12 Mitglieder werden von der Kommission auf Vorschlag der Mitgliedstaaten ernannt. Angesichts der Bedeutung des Gremiums hat die Bundesregierung auch deutsche Kandidaten vorgeschlagen. In seiner alten Zusammensetzung hat der CEIES im Rahmen einer festlichen Abschlussveranstaltung am 23. Mai 2008 in Luxemburg zum letzten Mal getagt.

Im Rahmen der Umsetzung des Code of Practice ist ein hochrangiges siebenköpfiges Gremium eingerichtet worden, das in Kürze seine Arbeiten beginnen wird. Das Europäische Beratungsgremium für die Statistische Governance hat im Wesentlichen die Aufgabe, über die Unabhängigkeit der Statistik zu wachen. In einem jährlichen Bericht an das Europäische Parlament und den Rat soll es die Einhaltung des Verhaltenskodex für Europäische Statistiken durch Eurostat sowie das ESS insgesamt beurteilen. Darüber hinaus wird das siebenköpfige Gremium die Kommission in wichtigen strategischen Fragen, die die Glaubwürdigkeit der europäischen Statistik und den Verhaltenskodex betreffen, beraten.

Nicht nur in institutioneller, sondern auch in inhaltlicher Hinsicht passt sich die europäische Statistik den neuen Entwicklungen an. Das ESS wird sich – das zeigt das kommende Mehrjahresprogramm für den Zeitraum 2008–2012 – zahlreichen neuen Anforderungen in den verschiedenen Fachbereichen stellen müssen. Es sieht ein verbessertes und modernes Datenangebot mit zum Teil neuen Themen vor. So soll u. a. Intrastat vereinfacht werden; in der Handelsstatistik soll auch der Dienstleistungsbereich angemessen berücksichtigt werden. Die Anforderungen an die amtliche Statistik steigen durch das neue Mehrjahresprogramm weiter. Vor diesem Hintergrund wird eine ausgewogene Prioritätensetzung, die den aktuellen Belangen der Nutzer Rechnung trägt, immer wichtiger. Hier konnte Deutschland in der Zeit seiner Ratspräsidentschaft maßgebli-

che Akzente setzen: Alle Arbeitsbereiche des Mehrjahresprogramms werden vor Ende der Laufzeit 2012 des Mehrjahresprogramms einer Kosten-Wirksamkeitsanalyse unterworfen. Auch neue Statistikprojekte müssen sich jeweils vor ihrer Einführung einer Kostenwirksamkeitsanalyse unterziehen. Damit sind die Weichen für eine zunehmend bessere Programmplanung auf europäischer Ebene – vor allem mit Blick auf die nach 2012 folgenden Planungsperioden – gestellt.

Internationales

Zum Schluss ein kurzer Blick in den internationalen Raum: In den jährlichen Amtsleitersitzungen auf UN- und OECD-Ebene werden wichtige strategische Entscheidungen getroffen. Das Merkmalsprogramm des kommenden Zensus ist z. B. von der Konferenz europäischer Statistiker verabschiedet und von europäischer Seite übernommen worden.

Auf der diesjährigen Sitzung der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen, an der das Statistische Bundesamt regelmäßig teilnimmt, wurden wichtige Themen wie die Revision des Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (SNA 1993) beraten. Die Arbeiten an der Revision des SNA 1993, das den Rahmen für weltweite Vergleiche der Wirtschaftsleistungen der Länder bildet, schreiten voran. Volume I des überarbeiteten SNA 1993 ist auf UN-Ebene als Empfehlung verabschiedet worden. Die im vergangenen Jahr getroffenen Entscheidungen zu 44 Themenblöcken gelten weiter und sollen nicht nochmals diskutiert werden. Als Titel für das neue SNA kristallisiert sich der Titel ‚SNA 2008‘ heraus. Volume II des SNA, das ergänzende Angaben (Interpretation der Konten, Anwendung von Satellitenkonten) enthält, soll rechtzeitig vor der Sitzung der UN Statistikkommission im Februar 2009 vorgelegt werden. Die Anwendung von Satellitenkonten ist – zumindest auf europäischer Ebene – u. a. für die Verbuchung der Pensionen vorgesehen. Basierend auf den internationalen Empfehlungen wird auf europäischer Ebene bereits an der Revision des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aus dem Jahre 1993 gearbeitet.

Angesichts des weltweiten Klimawandels gewinnen statistische Daten über die Umwelt immer mehr an Bedeutung. Als Vorsitzender des auf UN-Ebene eingerichteten Committee on Environmental-Economic Accounts (UNCEEA) liegt mir diese Thematik besonders am Herzen. Das UNCEEA hat ein langfristiges Arbeitsprogramm zur Weiterentwicklung und Harmonisierung der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen entwickelt. Das System of Environmental Accounting (SEEA 2003) soll schrittweise in den Mitgliedstaaten implementiert und bis 2010 zu einem internationalen Standard gemacht werden.

Abschließend möchte ich auf das OECD-Projekt zur „Messung des Fortschritts der Gesellschaft“ hinweisen, das wichtige Impulse für unsere Arbeit geben kann. Im Rahmen eines umfassenden Indikatorensystems soll der Fortschritt in allen Bereichen der Gesellschaft gemessen werden. Wichtig aus deutscher Sicht ist, dass bei diesem sehr interessanten und anspruchsvollen Projekt auf vorhandenen Indikatorensystemen aufgebaut wird, um Doppelarbeit zu vermeiden. Ein Informationsaustausch über den Sachstand des Projekts wird vom 27. bis 30. Oktober 2009 in Korea stattfinden.

Pressemitteilung Nr. (ohne Nummer) vom 24.06.2008

Zugang zu statistischen Mikrodaten gefährdet

**Forschungsdatenzentren der amtlichen Statistik fehlt die dauerhafte finanzielle Absicherung.
Wissenschaft und Politikberatung benötigen Zugang zu statistischen Mikrodaten.
Der Statistische Beirat fordert den geregelten Zugang zu Mikrodaten finanziell abzusichern.**

Pressemitteilung des STATISTISCHEN BEIRATS unter Mitwirkung von Wirtschaftsverbänden, Tarifparteien, Wissenschaft und Kommunen: BDEW, BDA, BGA, BDI, BfB, Deutscher Bauernverband, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Landkreistag, DGB, DIHK, DIW, Hochschulen, GDV, HDE/BAG, Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten, RWI Essen, ver.di, Verband der Landwirtschaftskammern, ZDH

WIESBADEN – In seiner heutigen Sitzung hat der Statistische Beirat, das Nutzergremium der Bundesstatistik, die zuständigen Ministerien des Bundes und der Länder aufgefordert, die Forschungsdatenzentren der statistischen Ämter dauerhaft zu etablieren. Die Forschungsdatenzentren ermöglichen der Wissenschaft einen geregelten Zugang zu amtlichen Mikrodaten.

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung haben die statistischen Ämter seit dem Jahr 2001 probeweise Forschungsdatenzentren eingerichtet. „Damit haben sie der Wissenschaft und der forschungsbasierten Politikberatung Neuland erschlossen“, so Professor Thomas Bauer, Vorstandsmitglied des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung Essen. Amtliche Mikrodaten sind besonders sensibel, gleichzeitig sind sie für die Wissenschaft von hohem Wert. Das Dienstleistungsangebot wurde bereits für mehr als 800 Forschungsprojekte genutzt. Die Forschungsdatenzentren gewährleisten durch Anonymisierung gesicherte Zugangsverfahren mit hohem Schutz der Einzeldaten.

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Walter Radermacher, betont, dass damit die deutsche amtliche Statistik international eine vorbildliche Stellung einnimmt.

Die Forschungsdatenzentren sind bisher nicht dauerhaft finanziell abgesichert.

Weitere Auskünfte gibt:

Dr. Markus Zwick

Telefon: (0611) 75-4220,

E-Mail: markus.zwick@destatis.de